

Bericht zur Podiumsveranstaltung: Gewalt von oben – Alternativen von unten – wie geht es weiter in Nicaragua?

Mi., 16.01.19, 19:30 bis 22:30Uhr, Allerweltshaus e.V., Körnerstrasse 77-79, 50823 Köln | Großer Saal

Eine Kooperationsveranstaltung von Informationsbüro Nicaragua e.V. Wuppertal,
Städtepartnerschaftsverein Köln Corinto/El Realejo e.V. und ISO.

Referent*innen:

- **Elba Rivera**, Ökologin und Mitglied im Grupo Cocibolca, Nicaragua
- **Matthias Schindler**, Nicaragua-Aktivist aus Hamburg
- **María Suárez**, Vorsitzende der Städtepartnerschaft Köln-Corinto/
El Realejo e.V.

Moderation: **Klaus Heß**, Informationsbüro Nicaragua e.V.

Übersetzung: **Britt Weyde**



Die Podiumsveranstaltung war mit ca. 90 Gästen sehr gut besucht und der Große Saal bis auf den letzten Platz mit Nicaragua-Interessierten aller Altersgruppen gefüllt.

Moderator Klaus Heß führte durch die Veranstaltung und ließ zunächst **Elba Rivera** zu Wort kommen, sie sprach vor allem über Umweltschutz und ihr Engagement in diesem Bereich, berichtete über die Lage der Umweltaktivist*innen in Nicaragua und thematisierte den

Waldbrand im Naturschutzgebiet Indio-Maíz, der u.a. als Auslöser der aktuellen Protestbewegung in Nicaragua gilt. Danach referierte **Matthias Schindler** über die Frage, wie es in Nicaragua zu der aktuellen Entwicklung kommen konnte. Warum geht ein ehemaliger Revolutionär heute mit schwersten Waffen gegen sein Volk vor? Zu guter Letzt stellte **María Suárez** den Städtepartnerschaftsverein Köln-Corinto/El Realejo e.V., seine Aufgabe und seine Projekte vor. Sie stellte ganz klar das Dilemma heraus, in der sie und viele andere Organisationen und Vereine derzeit stecken, nämlich, wie geht man als Städtepartner mit der aktuell schwierigen Lage in Nicaragua um und wie können die Projekte weiterlaufen? Sie traf mit ihren Fragen viele Gleichgesinnte im Publikum. Eine rege Diskussion schloss sich der Veranstaltung an.

Die Ökologin und Umweltaktivistin Elba Rivera gilt als Pionierin des ökologischen Landbaus in Nicaragua. Sie arbeitet an zentralen Themen, wie Landwirtschaft und Erziehung und hat in dem Zusammenhang ein Zentrum für ökologischen Landbau und eine Montessori-Schule eröffnet. Sie setzt sich für die Aus- und Weiterbildung der ländlichen Bevölkerung in diesem Bereich ein und vernetzt Bauern und ihre Institutionen miteinander. Die Stärkung der Bauern und der nachhaltige Naturschutz gehen für sie miteinander einher. Das Land ist für die Bauern ihr Lebensunterhalt, weshalb sie lernen müssen es nachhaltig zu bewirtschaften, sagt sie. Gleichzeitig sollen Naturschutzreservate geschützt werden.

Elba Rivera unterstützt nun schon seit 5 Jahren die vielen Landwirte*innen, die gegen den geplanten Kanalbau durch ihr Land protestieren. Der Kanal soll den Atlantik mit dem Pazifik verbinden. Die Regierung hat den Bau des Kanals bereits im Gesetz 840 verankert und die Konzession zum Bau an ein chinesisches Großunternehmen vergeben. Seitdem ist die Zukunft vieler Bauernfamilien ungewiss. Ca. 24.000 Familien droht eine Enteignung; der Verlust ihrer Ländereien und damit ihrer Kultur und Zukunft. Die

Entschädigungszahlungen seien viel zu gering und könnten den Verlust nicht ausgleichen. Der Kanalbau sei reine Illusion der Regierung. Experten schätzen, dass der chinesische Investor gar nicht vor hat einen Kanal zu bauen, sondern lediglich Interesse am Erwerb des Landes hat.

Die ökologischen und sozialen Proteste und gewaltsamen Auseinandersetzungen begannen im Prinzip mit den großflächigen Waldbränden, die große Teile des Indio-Maíz-Reservats zerstörten. Diese Katastrophe kam der nicaraguanischen Regierung scheinbar sehr zupass. Mittlerweile kann nachgewiesen werden, dass internationale Hilfe zum Löschen der Brände von oberster Stelle zurückgewiesen wurde. 70% des Reservats gehören nämlich den Indigenen, die zuvor die Ausweitung der Naturschutzreservate forderten.

Elba Rivera berichtet, dass Kritiker und Protestanten festgenommen und als Terroristen behandelt werden. Bauernführer*innen ihres Netzwerks aus Nueva Guinea sind aufgrund ihrer Protestaktivitäten schon festgenommen worden. Der Priester aus ihrem Ort musste ins Exil nach Costa Rica fliehen, denn er erhielt Morddrohungen von der Regierung.

Die katholische Kirche habe aber weiterhin eine wichtige Rolle inne, denn sie versuche die Menschen zu schützen.

„Gewalt von oben – Alternativen von unten“ lautete der Titel der Veranstaltung. Warum? Die Bürgerrechte in Nicaragua sind in großer Gefahr; Meinungsfreiheit ist kaum existent, öffentliche Proteste werden von der Regierung brutal niedergeschlagen. Die Regierung Nicaraguas ist scheinbar für keinen Dialog offen. Deshalb lautet das Motto der nicaraguanischen Bevölkerung: „Solo el pueblo salva al pueblo.“

Matthias Schindler engagiert sich seit vielen Jahren in der Städtepartnerschaft Hamburg León, engagierte sich bereits nach der Revolution in den Solidaritätsbewegungen der 1980er. Nun ist er einer von vielen, der versucht die aktuelle Entwicklung Nicaraguas zu verstehen. Warum geht ein ehemaliger Revolutionär heute mit schwersten Waffen gegen sein Volk vor? Haben wir damals während der Revolution etwas übersehen? Schindler kann darauf letztendlich keine befriedigende Lösung finden, denn die Thematik ist äußerst komplex. Er glaubt die Probleme liegen nicht vornehmlich bei der Person Daniel Ortega, sondern vielmehr in der Struktur des Regierungsapparates und in dessen Vergangenheit. Eine große Rolle spielt sicherlich die enorme Machtkonzentration in den Händen Ortegass. Er hat eine unbegrenzte Wiederwahl seiner Präsidentschaft veranlasst und ihm unterstehen direkt die Polizei und das Militär. Es herrschen Mangel an Demokratie und staatliche Willkür. Ortega handelt nach dem Prinzip „Zuckerbrot und Peitsche“: ihm zugetane Regimebefürworter erhalten Privilegien, gegen Kritiker geht er gewaltsam vor.



Genauere Zahlen sind nur schwer zu bestimmen, aber man schätzt die Todesopfer der Ausschreitungen und die politischen Gefangenen auf mehrere hundert, mehrere tausend seien verletzt und mehrere zehntausend sind auf der Flucht, haben ihr Heimatland verlassen und leben im Exil. Viele der Flüchtlinge leben heute in Costa Rica.

Unfassbar ist die Tatsache, dass der Staat den mehrheitlich friedlichen Protesten mit einer vollkommen unverhältnismäßigen Anwendung von Gewalt gegenübertritt. Expert*innen konnten belegen, dass hauptsächlich Kriegswaffen, Schnellfeuergewehre gegenüber den meist unbewaffneten Protestanten zum Einsatz kamen.

Mittlerweile kann man massive Zerfallserscheinungen innerhalb des Ortega-Regimes feststellen. Die Unterdrückungsmaßnahmen haben ihn und sein Regime stark isoliert. Viele Unternehmen und die

katholische Kirche haben sich von ihm abgewendet, genauso wie fast alle lateinamerikanischen Staaten. Zudem scheinen sich anfängliche Ortega-Anhänger vom Regime zu distanzieren. Darunter der einstige Regierungssender „100% noticias“, verschiedene Journalisten und ein vertrauter Jurist Ortegas. Matthias Schindler fordert eine internationale Rechtsprechung und die Verfolgung und Anklage der vielen Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua. Die Bevölkerung sei nun auf Hilfe von außen angewiesen.

María Suárez ist die Vorsitzende der Städtepartnerschaft Köln-Corinto. Der Verein wurde vor 30 Jahren gegründet. Sie beschäftigt derzeit hauptsächlich die Frage, wie diese Zusammenarbeit weitergeführt werden kann, ohne die staatlichen Machenschaften Ortegas zu unterstützen. Der Umweltschutz kann nicht aufgrund einer politischen Krise ausgesetzt werden. Ebenso wenig möchte sie die Menschen, die in den Projekten vor Ort mitarbeiten und die viel Hoffnung in die Projekte setzen, im Stich lassen.

Für große Projekte, wie z.B. der Küstenschutz, zu dem der Bau eines Deichs am Küstenstreifen der Hafenstadt Corinto beigetragen hat, ist die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung unumgänglich. Solche Projekte sind von NGO's alleine nicht zu stemmen. Man muss also teilweise das Risiko eingehen instrumentalisiert zu werden, aber ist das vielleicht der Kompromiss, den man eingehen muss? Der Umweltschutz lässt sich nicht einfach aufschieben. María Suárez setzt sich dafür ein, dass die Projekte weiterlaufen.



Aus dem Publikum gab es im Anschluss viele Wortmeldungen. Auch die Ansprechpartnerin der Städtepartnerschaft der Stadt Köln Johanna Pulheim war anwesend und hat sich in die Diskussion mit eingebracht. Die Stadt Köln bemüht sich aktiv um Transparenz und ist deshalb im konstanten Austausch mit den Partnern*innen vor Ort. Der Fokus der Diskussion lag hauptsächlich auf eben dieser Frage, wie man mit der finanziellen Verantwortung von Deutschland nach Nicaragua umgeht.

Alle waren sich einig, dass man sich deutlich gegen die Repressionen der nicaraguanischen Regierung aussprechen muss. Dazu hat auch schon der Städtepartnerschaftsverein Stellung genommen und unterstützt offiziell die Forderungen nach dem Ende der Gewalt und der Aufnahme eines breiten nationalen Dialogs in Nicaragua.

Die Kommentare aus dem Publikum machten auch deutlich, dass die Krise die oft langjährigen Beziehungen und Freundschaften auf die Probe stellt. Engagierte Bürger*innen berichten, dass sie das Vertrauen zu nicaraguanischen Partnern*innen plötzlich in Frage stellen. Auf einmal ist ihre politische Zugehörigkeit von großer Bedeutung geworden.

Viele Organisationen und Vereine sind sich derzeit in der gleichen misslichen Lage. Es herrscht allgemeine Unsicherheit und Ratlosigkeit.



Fotos: Lateinamerika: global - nachhaltig